zuführen. Das ist die Friedensformel, mit der sich alle sozialistischen Parteien zusammenschließen können. Würde in dem Moment, wenn die Grundlagen des Friedens unter den Nationen geschaffen werden, die Internationale als geschlossenes Ganzes gegenüber der kapitalistischen Welt hervortreten, so würde dies von der größten Bedeutung für die künftigen Geschicke der Arbeiterbewegung sein, ganz abgesehen davon, von welchem praktischen Erfolg die Friedensforderungen der Sozialdemokratie bei den Friedensverhandlungen der Mächte sich dann erweisen würden.

Nochmals unsere Illusionen.

Eine Entgegnung

von K. Kautsky.

1. Der Imperialismus.

Als Hauptfehler der Broschüre Cunows hatte ich ebenso wie Eckstein die Tatsache bezeichnet, daß er nicht genau erkennen läßt, gegen wen sie sich eigentlich richtet. In seiner Erwiderung gibt Cunow zu, daß „einzelne Ausführungen präziser und bestimmter wirken würden", wenn er die betreffenden Parteigenossen genannt und wörtlich zitiert hätte. Trotzdem beharrt er dabei, nicht zu sagen, wem eigentlich seine Kritik gilt.

Doch in einem wichtigen Punkt schafft seine Erwiderung erfreuliche Aufklärung.

Alle Besprechungen, die Cunows Broschüre zustimmten, hatten sie dahin gedeutet, sie wolle die Haltung der Reichstagsfraktion in der Frage der Kriegskredite verteidigen. Auch ich hatte sie dahin verstanden. Doch gern nehme ich Kenntnis von seiner Erklärung, daß ich darin irrte, daß er „nirgends für oder gegen die Annahme der Kriegskredite plädiert":

„Freilich habe ich meine bestimmten Ansichten über das Verhalten der Fraktion; aber wenn ich mir die Aufgabe gestellt hätte, die Stellungnahme der Fraktionsmehrheit zu verteidigen oder zu begründen, dann hätte ich das mit anderen Gründen, niemals mit den Worten getan: „Gegenüber der Ideologie hat die Geschichte immer recht"; denn solche Motivierung ist nach meiner Auffassung ein Unsinn." (Seite 179.)

Nach dieser sehr bestimmten Erklärung hat niemand mehr das Recht, sich auf Cunows Schrift als „Verteidigung oder Begründung der Stellungnahme der Fraktionsmehrheit" zu berufen.

Auch in bezug auf die „Notwendigkeit" des Imperialismus hat die Auseinandersetzung eine Klärung gebracht, die es künftighin schwer machen wird, die Cunowsche Schrift zugunsten der imperialistischen Politik auszuspielen. Cunow selbst erklärt, der tatsächliche Unterschied unserer Auffassungen in der Frage des Imperialismus sei gering, der Gegensatz mehr ein scheinbarer, dem Unterschied unserer Definitionen zuzuschreiben:

„Zieht man die Verschiedenheit unseres Begriffs „Imperialismus" in Betracht, so sind manche der Gegensätze, die dem äußeren Anschein nach zwischen Kautskys und meiner Auffassung der imperialistischen Politik bestehen, gar nicht vorhanden."

Freilich, „ein gewisser Gegensatz bleibt bestehen", er betrifft aber nur die Aussichten des Imperialismus, die Anschauungen über seine Lebensfähigkeit. Darüber später mehr. Hier nur noch ein Wort über meine Definition des Imperialismus.

Sie erscheint Cunow einmal viel zu eng.

Ich hatte den Imperialismus bezeichnet als den „Drang jeder industriellen kapitalistischen Nation, sich ein immer größeres agrarisches Gebiet zu unterwerfen und anzugliedern, ohne Rücksicht darauf, von welchen Nationen es bewohnt wird".

Cunow wendet ein, daß zum Imperialismus doch auch das Streben gehört, in fremden Gebieten Eisenbahnen zu bauen oder Bergwerke zu errichten, Marinestationen und Kanäle anzulegen. Selbstverständlich. Aber in welchen „fremden Gebieten"? Eben in agrarischen. Ich meinte nicht, daß das Kapital etwa in die fremden Gebiete geht, bloß um Landwirtschaft zu treiben, also zu rein agrarischen Zwecken, sondern daß es in Länder geht, die noch nicht einen entwickelten industriellen Kapitalismus haben, vielmehr im Stadium vorherrschend landwirtschaftlicher Produktion stehen.

Den Einwand, meine Definition sei zu eng, kann ich also nicht anerkennen.

In anderer Beziehung wieder erscheint Cunow meine Definition zu weit. Sie passe auf jede Kolonialpolitik, nicht bloß auf die imperialistische:

„Die Kautskysche Definition trifft nicht bloß auf die moderne imperialistische Kolonialpolitik zu, sondern fast auf jede beliebige Kolonialpolitik, sowohl auf die holländische im indischen Archipel wie auf die spanische des 16. und 17. Jahrhunderts in Mittel- und Südamerika. Der charakteristische Fehler dieser Kautskyschen Definition liegt eben darin, daß sie, die doch das Wesen des Imperialismus erklären soll, gerade die modern-imperialistischen Züge der neueren Kolonialpolitik unbeachtet läßt."

Das wäre richtig, wenn meine Definition bloß von dem Streben nach Angliederung oder Unterwerfung agrarischer Gebiete spräche. Darin besteht das Wesen jeglicher Kolonialpolitik. Aber ich sehe die Eigenart des Imperialismus darin, daß dieses Streben einem „hochentwickelten industriellen Kapitalismus" entspringt. Das war weder bei der portugiesischen, noch der spanischen oder französischen, nicht einmal bei der holländischen Kolonialpolitik der Fall. Die Triebkraft der Kolonialpolitik der erstgenannten Staaten war vielmehr der Feudaladel, der nach neuem Landgebiet für seinen Nachwuchs suchte, und solches nach den großen Entdeckungen am leichtesten jenseits des Meeres fand. Daneben war das Handelskapital beteiligt, es wurde in Holland und noch mehr in England mit dem Geldhandlungskapital der entscheidende Faktor der Kolonialpolitik. Doch spielte auch in der englischen bis ins 19. Jahrhundert hinein der Feudaladel eine wichtige Rolle.

Das industrielle Kapital suchte diese Politik, wo sie bestand, natürlich auszubeuten, zeigte sich ihr aber im ganzen abgeneigt, weil sie ihm mehr Kosten und Verluste brachte, als Gewinne. Je mehr das industrielle Kapital erstarkte, desto mehr schwand in den kapitalistischen Staaten das Interesse an den Kolonien.

Erst in seiner neuesten Phase, seit etwa 30 Jahren, gewinnt das industrielle Kapital Interesse an den Kolonien, nun wird in dem Maße, in dem das industrielle Kapital an Kraft und Bedeutung wächst, die koloniale Expansionspolitik immer mehr der Mittelpunkt der Staatspolitik, dadurch erhält die Kolonialpolitik einen ganz neuen, besonderen Charakter, der es

notwendig macht, sie von der früheren Kolonialpolitik zu unterscheiden. So können wir sie als die Politik des Imperialismus kennzeichnen.

Cunow wendet sich gegen diese Auffassung. Er erklärt, als hauptsächlich treibende Kraft steht hinter der heutigen Kolonialpolitik nicht der industrielle Kapitalismus, sondern das Finanzkapital. Er gebraucht dies Wort als gleichbedeutend mit „Bankkapital" und „Bankfinanz".

Auch ich habe öfters das Wort in diesem Sinne angewendet, Hilferding jedoch versteht darunter eine besondere Erscheinung. Er sagt:

„Ich nenne das Bankkapital, also Kapital in Geldform, *das in Wirklichkeit in industrielles Kapital verwandelt ist, das Finanzkapital.* Den Eigentümern gegenüber behält es stets Geldform, ist von ihnen in Form von Geldkapital, zinstragendem Kapital, angelegt, und kann von ihnen stets in Geldform zurückgezogen werden. In Wirklichkeit aber ist der größte Teil des so bei den Banken angelegten Kapitals in industrielles, produktives Kapital (Produktionsmittel und Arbeitskraft) verwandelt und im Produktionsprozeß fixiert. *Ein immer größerer Teil des in der Industrie verwendeten Kapitals ist Finanzkapital, Kapital in der Verfügung der Banken und in der Verwendung der Industriellen.*" (Finanzkapital, Seite 283.)

Akzeptiert man diese Auffassung, wie es wohl auch Cunow tut, dann vereinigt sich im Finanzkapital das industrielle Kapital mit dem Bankkapital zu einer höheren Einheit.

Cunow hat wohl ganz recht, wenn er „als hauptsächlich treibende Kraft hinter der heutigen Kolonialpolitik" das Bankkapital bezeichnet. Aber er hat unrecht, wenn er mir gegenüber behauptet, daß demnach nicht „der industrielle Kapitalismus" dahinterstehe, denn das Merkmal der Aera des Imperialismus bildet eben die wachsende Identifizierung von industriellem Kapital und Bankkapital. Und aus dieser Identifizierung ersteht das steigende Interesse des industriellen Kapitals an der Kolonialpolitik. Daraus erwächst aber auch der innere Zwiespalt des Imperialismus, der, obwohl vom industriellen Kapital gefördert, doch auf eine Hemmung der Industrie hinausläuft.

Alle diese Faktoren umschließt meine Definition des Imperialismus und darum halte ich an ihr fest.

Aber auch hier wieder zeigt sich, daß in der Sache selbst kein wesentlicher Unterschied zwischen Cunow und mir besteht.

Das erhellt deutlich daraus, daß er in seiner Entgegnung an seinen alten Artikel aus dem Jahre 1900 in der „Neuen Zeit" (XVIII, 2, Seite 207 ff.) erinnert. Er entwickelt dort jene Auffassung, die er und ich gleichzeitig und bisher stets in engster Gemeinschaft gegenüber „der seltsamen Mischung von brutaler Realpolitik, verschrobener Romantik und kindlicher Wirtschaftsauffassung, die den Nationalsozialismus charakterisiert" (Cunow, a. a. O. Seite 241), verfochten haben.

Cunow sagt dort unter anderem:

„Die Erschließung, richtiger Eroberung neuer Länder ist tatsächlich das Ziel des Imperialismus, wenn auch nicht gerade zum Zwecke des Absatzes der im Mutterland erzeugten Fabrikprodukte oder, wie es nicht minder häufig in den imperialistischen Herzensergießungen heißt, zur Schaffung von lohnender Arbeit für die Industriearbeiterschaft. . .

Was der Kolonialbesitz als solcher für die industrielle Entwickelung bedeutet, lehrt der wirtschaftliche Verfall Spaniens und Portugals, das industrielle Zurückbleiben des mit großen Kolonien ausgestatteten Hollands gegenüber Belgien, der Rückgang der Ausfuhr Frankreichs trotz seines in den letzten zwanzig Jahren stetig gewachsenen Kolonialbesitzes. . .

Zu der Erweiterung der deutschen Ausfuhr vermag also die Erwerbung von Kolonien recht wenig beizutragen, die einheimische Industrie hat daran ein recht geringes Interesse. Anders steht es mit dem nach profitabler Anlage suchenden Geldkapital, das tatsächlich die wirklich treibende Kraft der imperialistischen Expansionsbestrebungen ist. . .

Für die sozialistische Partei ergibt sich aus diesem Charakter der imperialistischen Weltpolitik nur die Notwendigkeit, diese um so rücksichtsloser zu bekämpfen. Auch für die in Kolonien und fremden Ländern angelegten deutschen Kapitalien hat man den Arbeiter zu interessieren versucht, indem man ihm vorrechnete, daß ein Teil der aus diesen Anlagen gezogenen Gewinne nach Deutschland zurückfließe, hier in den Konsum eingehe und somit zur Ausdehnung der sogenannten nationalen Produktion beitrage. Die teilweise Richtigkeit dieser Rechnung soll nicht bestritten werden, aber die Vergrößerung, die auf diese Weise der innere Markt erfährt, wird mehrfach ausgeglichen durch die Verengerung des auswärtigen Marktes. Wenn dort, wo in fremden Gebieten deutsche Biere, deutsche Musikinstrumente, deutsche Eisenwaren usw. usw. Eingang gefunden haben, deutsche Kapitalisten auf Befriedigung dieser Bedürfnisse gerichtete Unternehmungen begründen, wird dadurch den betreffenden deutschen Industrien natürlich das dortige Absatzgebiet mehr oder minder wieder entzogen. Und dann gibt es, wie Amerika erfahren hat und Deutschland und England jetzt erfahren, keine Expansionspolitik ohne Aufwendung kolossaler Mittel: Mittel, die in der einen oder andern Form durch Steuern zusammengebracht werden müssen und die der Arbeiter zum Teil direkt von seinem Konsum abknappen muß. Von der Vermehrung der Gefahr kriegerischer Verwicklungen, der Zuspitzung der Interessengegensätze zwischen den rivalisierenden Staaten und der Rückwirkung dieser Gegensätze auf die gegenseitigen Handelsbeziehungen ganz zu schweigen. Gewiß hat auch der Industriearbeiter ein Interesse daran, daß die industrielle Entwickelung fortschreitet, wozu unter den gegebenen wirtschaftlichen Bedingungen die Steigerung des Exports gehört; aber zur Erreichung dieses Ziels führen nicht zollpolitische Absperrungsmaßregeln oder die Eroberung neuer Kolonialbesitzungen, sondern eine mit Sachkenntnis und Energie durchgeführte Handelsvertragspolitik, aufgebaut auf dem Prinzip des do ut des. Speziell Deutschlands Industrie hat eine Stufe der Entwickelung erreicht, daß sie bei einigermaßen günstigen Vertragsbedingungen mit Erfolg den friedlichen Konkurrenzkampf aufnehmen kann. Wenn überhaupt, ist nur auf diesem Wege die Verwirklichung des Traumes von einem seinen Handel und Verkehr über alle Länder und Meere hinausstreckenden deutschen Weltreich zu erreichen." (Seite 242.)

Diese glänzende Begründung der „Notwendigkeit, die imperialistische Weltpolitik rücksichtslos zu bekämpfen", unterschreibe ich heute noch Wort für Wort. Da Cunow sich jetzt auf diesen Artikel beruft, bekennt er sich noch zu ihm. Er ist jedem entgegen zu halten, der das Gegenteil aus den jüngsten Ausführungen Cunows herauslesen will, in denen er die „Imperialismusvernichter" „beschränkten Handwerksmeistern" gleichsetzt, die in der Zerstörung der Maschinen ihr Heil erblicken. Was immer Cunow heute unter dem Imperialismus verstehen mag, den „entwurzeln" zu wollen eine „Albernheit" sei — der imperialistischen Weltpolitik steht er nach wie vor in unversöhnlicher Feindschaft gegenüber. Und das ist die Hauptsache.

2. Notwendigkeit und Zweck.

Es geht natürlich nicht an, alle Einzelheiten der Cunowschen Entgegnung zu erwidern, denn das gäbe ein Buch. Bloß zwei Punkte will ich noch eingehender behandeln, weil sie für unsere Haltung und unsere Aussichten von Bedeutung sind: die Frage des Rechts der Nationen auf Selbständigkeit und die der Abwirtschaftung des Kapitalismus. Vorher noch ein paar Worte über philosophische Fragen.

Cunow meint, daß ich den Unterschied zwischen historischer Notwendigkeit und ursächlicher Notwendigkeit nicht zu kennen scheine. Er will diesen Unterschied, wenn er mehr Muße hat, mit mir ausführlicher diskutieren. Dazu bin ich gern bereit. Einstweilen nur so viel, daß auch ich nicht beide Notwendigkeiten einander gleichsetze. Wohl ist eine jede geschichtliche Notwendigkeit auch eine ursächliche, nicht aber umgekehrt. Die geschichtliche Notwendigkeit ist eine ursächliche auf einem bestimmten Gebiet, dem der gesellschaftlichen Entwickelung.

Wichtiger ist ein anderer Einwand.

Ich bemerkte, geschichtliche Handlungen, wie die Bewilligung der Kriegskredite, würden an den Zwecken gemessen, die sich die Vollzieher der Handlungen gesetzt hätten. Darauf fragt Cunow weiter:

„Wenn die geschichtlichen Handlungen an ihren Zwecken gemessen werden, woran werden dann diese Zwecke gemessen? Kautsky erklärt uns zwar, die Zwecke sind danach zu beurteilen, ob sie „zweckmäßig" sind; aber das ist kein Maßstab, denn diese Erklärung läuft letzten Endes darauf hinaus: die Zwecke sind an sich selbst zu messen. . . Was bildet aber dann das Kriterium der Richtigkeit der Zwecksetzung? Nun, für politische Zwecke, und nur um diese handelt es sich hier, der Geschichtsverlauf. Jene Zwecke, die in der Richtung des geschichtlichen Entwickelungsverlaufs liegen, den Entwickelungsverhältnissen also angepaßt sind, sind historisch richtige Zwecke — womit zugleich gesagt ist, daß der politische Zweck nicht an sich richtig oder unrichtig ist, sondern das, was zu einer bestimmten Zeit „zweckmäßig ist", zu einer anderen Zeit unzweckmäßig sein kann. Wir kommen also wieder zur Geschichte als Maßstab."

Cunow irrt, wenn er meint, ich hätte irgendwo erklärt, die Zwecke seien nach ihrer Zweckmäßigkeit zu beurteilen. Das ist mir nicht eingefallen.

Ich habe vielmehr über die „Richtigkeit der *Zwecksetzung*" überhaupt nicht gesprochen, sondern nur über die Richtigkeit des *Handelns* der Menschen und darüber gesagt:

„An ihren Zwecken wird ihr Handeln gemessen und als richtig oder falsch beurteilt, je nachdem es zweckmäßig ist oder nicht, oder der *besondere* Zweck, dem es dient, mit dem *allgemeinen* Zwecke vereinbar ist, den der Organismus sich setzt." (Seite 80.)

Freilich, worán wird „letzten Endes" die Richtigkeit dieses allgemeinen Zwecks gemessen? Da darf man mit der Frage anworten: Gehört denn dieser letzte Zweck überhaupt zu den Erscheinungen, die man als richtige und falsche unterscheiden kann? Wenn nicht, dann erübrigt sich das Suchen nach einem Kriterium seiner Richtigkeit.

Nun, der letzte Zweck eines jeden Organismus wird mit ihm selbst geboren und beherrscht sein ganzes Leben. Es ist der Zweck der Selbstbehauptung. Der Organismus setzt sich ihn nicht und niemand fragt, ob er richtig sei oder nicht. Er ist. Der Mensch findet aber nicht bloß natürliche,

sondern auch gesellschaftliche Bedingungen vor, unter denen er sich zu behaupten hat, Bedingungen, die nicht bloß für verschiedene Zeiten und Länder, sondern auch für die verschiedenen Klassen der gleichen Zeit und des gleichen Landes sehr verschieden sind. So werden jeder Klasse jederzeit ihre besonderen Existenzbedingungen und damit auch ihre obersten Zwecke von vornherein gegeben. Sie setzt sich diese Zwecke nicht selbst und damit entfällt auch die Frage, ob sie richtig oder unrichtig sind.

Der Kapitalist kann sich nur behaupten, wenn er Mehrwert gewinnt. Das ist sein oberster Zweck. Es wäre ganz müßig zu untersuchen, ob dieser Zweck richtig oder falsch sei. So lange es eine Kapitalistenklasse gibt, wird sie diesem Zwecke dienen.

Anderseits erheischt es die Selbstbehauptung der Arbeiter, daß sie dem Mehrwert zu Leibe gehen, der aus ihrer Ausbeutung entspringt.

Das Resultat dieser gegensätzlichen Zwecke ist der Klassenkampf und damit der Geschichtsverlauf.

Die einzelnen politischen Zwecke jeder Klasse messen ihre Richtigkeit oder Unrichtigkeit an ihrem obersten Zweck, dem Klassen*interesse*, und nicht am *Ergebnis* des Klassenkampfes. Wollte man die Zielsetzung vom Endresultat der Entwickelung abhängig machen, so hieße das, sich das Ziel erst dann setzen, wenn es erreicht ist. Das will Cunow natürlich nicht sagen, aber was soll dann der Geschichtsverlauf als Kriterium der Richtigkeit der Zwecksetzung bedeuten? Doch nicht die Einsicht, daß man hinterdrein immer klüger ist als im vorhinein?

Wollte man die Richtigkeit der politischen Zwecke am Geschichtsverlauf messen, so liefe das auf die Schlußfolgerung hinaus, daß für alle Klassen die gleichen politischen Zwecke richtig seien, da der Geschichtsverlauf doch für alle der gleiche.

Natürlich will ich nicht leugnen, daß die geschichtliche Erfahrung von größter Bedeutung für unser politisches Handeln ist. Sie ist unentbehrlich zum Verständnis der Gegenwart und ihrer Zukunftskeime, die nur als Produkte der Vergangenheit begriffen werden können. Sie läßt uns unsere Aussichten besser verstehen, hält uns vom Anstreben unerreichbarer Ziele ab, gestaltet unser Handeln zweckmäßiger. Aber die geschichtliche Erfahrung schafft nicht die letzten Zwecke der Klassen, noch auch die Energie, die sie zu ihrer Erreichung anwenden. Keinerlei Geschichtsverlauf wird dem Kapitalisten die Einsicht beibringen, daß ihr Streben nach Mehrwert als unrichtig aufzugeben sei.

Alles das weiß Cunow natürlich auch. Aber leider hat er sich da wieder so dunkel ausgedrückt, daß man nicht recht weiß, wie man ihn deuten soll. Es wäre wohl wünschenswert, daß er uns einmal ausführlicher darüber unterrichtete, was er unter der Geschichte oder dem Geschichtsverlauf als Maßstab für die Richtigkeit unserer Zwecke verstanden wissen will.

Einstweilen scheint es mir allerdings, daß er den Standpunkt des Mannes, der Geschichte *schreibt* und dessen, der Geschichte *macht*, des *forschenden* und des *handelnden* Menschen nicht streng genug auseinander hält. Aber es ist wohl möglich, daß ich mich irre, und nähere Ausführungen mich eines Besseren belehren.

3. Das Recht der Nationen auf Selbständigkeit.

Der Unterschied, der zwischen Cunow und mir in der Auffassung des Kriteriums besteht, an dem unsere Zwecke gemessen werden, tritt zu Tage in der Frage des Rechts der Nationen, einer Frage, die von äußerster Wichtigkeit gerade jetzt ist, wo die Annexionspolitiker ihre Forderungen erheben und deren Zurückweisung im einzelnen nicht möglich ist. Da wird um so wichtiger die prinzipielle Erörterung, ob das Recht auf nationale Selbständigkeit aus unseren Grundsätzen hervorgeht oder ob es, wie Cunow sagt, „lediglich eine ethisch-ästhetische Fiktion ohne historische Grundlage ist". (Seite 178.)

Warum soll dieses Recht eine „ethisch-ästhetische Fiktion" sein? Weil ich sage, es gehe aus dem demokratischen und internationalen Wesen unserer Partei und dem historisch gewordenen Wesen der modernen Demokratie hervor. Cunow bemängelt, daß ich es nicht historisch begründe, und doch hätten wir nach dem Geschichtsverlauf unsere politischen Ziele einzurichten.

Meine Methode der Setzung unserer Ziele ist allerdings nicht die letztere.

Ich habe oben darauf hingewiesen, daß die allgemeinsten Zwecke des Proletariats durch seine Klasseninteressen gegeben sind. Die Aufgabe der Theoretiker des Proletariats ist es nun, dafür zu sorgen, daß die einzelnen Zwecke, die sich das Proletariat setzt, in voller Harmonie zueinander stehen und alle seinem allgemeinsten Zweck dienen, der Sicherung seiner Existenz und der Aufhebung seiner Ausbeutung. Aus seinen allgemeinen Zwecken und Klasseninteressen und nicht aus dem „Geschichtsverlauf" entspringt sein demokratisches und internationales Wesen, das vielmehr dem Geschichtsverlauf immer mehr seinen Stempel aufdrückt, je mehr das Proletariat an Kraft und Selbstbewußtsein gewinnt. Nur auf dem Boden der Demokratie und nur in engster Solidarität mit den Arbeitern der anderen Länder kann das Proletariat zu dem höchsten Maß von Kraftentfaltung gelangen, dessen es fähig ist. Darum muß die Partei, die seine Interessen am entschiedensten und am weitesten blickend vertritt, die sozialistische, demokratisch und *international* sein.

Das wird wohl Cunow nicht leugnen wollen.

Anderseits gibt er selbst zu, „daß unter gewissen Verhältnissen auf bestimmter Entwickelungsstufe ein Selbständigkeitsstreben unterdrückter Nationen eintritt". (Seite 175.)

Aber, fährt er fort, „ist mit dem Nachweis eines solchen Strebens auch schon dessen Charakter als eines allgemein entwickelungsgeschichtlichen, das heißt, für jede Nation gültigen Rechts erwiesen?"

Ich weiß nicht, was Cunow unter einem „allgemein entwickelungsgeschichtlichen *Recht*" versteht. Ich kenne nur allgemeine *Gesetze*, nicht aber *Rechte* der *Entwickelung*. Rechte werden von den *Menschen* gefordert und errungen, ihre Rechtsforderungen stammen aus ihren Zwecken und *Interessen*.

Die Frage nach dem Recht der Nationen ist nicht die, ob es ein solches „allgemein entwickelungsgeschichtlich" gibt, sondern ob wir Sozialdemokraten auf Grundlage der „entwickelungsgeschichtlich" gegebenen Klasseninteressen des Proletariats ein solches Recht fordern müssen.

Nun meine ich, ist es klar, daß, wenn wir die Demokratie, das heißt die Selbständigkeit des Volkes fordern, wir auch die Selbständigkeit der Nation dort fordern müssen, wo „unter gewissen Verhältnissen auf bestimmter Entwickelungsstufe" ein Streben nach Selbständigkeit der Nation hervortritt. Wir müssen dies um so mehr tun, da wir nicht bloß demokratisch, sondern auch international gesinnt sind, die Internationalität aber erheischt, wie schon Engels sagt, daß „jedes Volk unabhängig und Herr im eigenen Hause" sei.

Das ist nicht ein Recht „für alle Ewigkeit", wie Cunow höhnt, sondern ein Recht, das das Proletariat gemäß seinen Klasseninteressen in der kapitalistischen Gesellschaft und gemäß der besonderen Eigenart der modernen Demokratie fordern muß, die innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise überall die Form des Strebens nach der Selbständigkeit der Nation annimmt.

Aber freilich, sagt Cunow, der tatsächliche Geschichtsverlauf sei ein ganz anderer. Er zeigt nicht die Tendenz nach „Verselbständigung" der Nationen, sondern nach „ihrer oft gewaltsamen Zusammenfassung zu größeren staatlichen Gebilden", „teilweise durch Zwang" — das ist „der Gang der Entwickelung von den alten Kulturreichen Asiens und Amerikas bis in die neueste Zeit".

Auch auf dem Balkan strebe jetzt jeder Staat danach,

„sich nach wirtschaftlichen und strategischen Gesichtspunkten zu arrondieren und sich jene Gebiete anzugliedern, deren Besitz er für die Entwickelung seines Wirtschaftslebens oder zur militärischen Sicherung seiner Grenzen für nötig hält, ganz gleich, ob diese Gebiete von Angehörigen der eigenen oder einer fremden Nationalität besetzt sind . . . das ist nun einmal der historische Entwickelungsgang." (Seite 178.)

Hier taucht wieder die Frage auf: Sollen wir unsere politischen Ziele und Zwecke aus dem Klasseninteresse des Proletariats ableiten oder aus dem Geschichtsverlauf? Aber dieser Verlauf selbst ist das Ergebnis des Kampfes der verschiedenen Klassen mit ihren gegebenen gegensätzlichen Interessen, die gegensätzliche Ziele und Zwecke bedingen. Bestimmte der Geschichtsverlauf die proletarischen Ziele, dann hieße es, daß dort, wo die Gegner des Proletariats herrschen, der Geschichtsverlauf also seinen Interessen ins Gesicht schlägt, seine Ziele im Gegensatz zu seinen Interessen stehen sollen. Wo der Geschichtsverlauf zur Verelendung des Proletariats führt, müßten wir unsere Ziele dem anpassen. Wo er die stete Verlängerung der Arbeitszeit mit sich bringt, wie es in der ersten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts der Fall war, bildete die Forderung eines Normalarbeitstages nur eine „ethisch-ästhetische Fiktion". Und das gleiche gilt offenbar heute, im Zeitalter des Wettrüstens, von der Forderung der Einschränkung der Rüstungen. In der Tat ist mir noch vor dem Kriege bei meiner Verfechtung der Idee der Abrüstung dieser Einwand von radikalmarxistischer Seite gemacht worden. Die erwähnte Forderung sei unmarxistisch-sentimental, denn sie stehe im Widerspruch zum Geschichtsverlauf, das heißt, dem bisherigen Ergebnis des Klassenkampfes. Cunow findet sich da auf gleichem theoretischen Boden mit Radek, der Arm in Arm mit Lensch gegen mich zu Felde zog.

Wir kämen zu sonderbaren Konsequenzen, wenn wir uns danach allein richten wollten. Es hieße oft nichts anderes, als daß unser Handeln in der

Zukunft eine Fortsetzung des Handelns unserer Gegner in der Vergangenheit zu sein habe.

Also selbst wenn der Geschichtsverlauf in der Frage des Rechts der Nationen bisher im Gegensatz zu unserer Forderung stünde, so würde diese damit allein noch nicht hinfällig.

Er steht aber gar nicht so sehr im Gegensatz dazu, wie Cunow annimmt. Man darf nur nicht die ganze Entwickelung „von den alten Kulturreichen Asiens und Amerikas bis in die neueste Zeit" in einen Topf werfen. Der Gang der Entwickelung heute ist doch ein anderer als im Inkareich und in Babylon. Man muß unterscheiden zwischen der primitiven Demokratie und der modernen. Darüber handle ich ausführlich in meiner Schrift: „Parlamentarismus und Demokratie", ich streife die Frage auch in meiner jüngsten Broschüre: „Nationalstaat, imperialistischer Staat, Staatenbund".

Solange die Völker im Stadium der primitiven Demokratie, der Gentilgesellschaft, der Markgenossenschaft, der Gemeindedemokratie stehen, da ist der Geschichtsverlauf ganz der von Cunow angegebene. Aber er ändert sich, sobald der Verkehr jene Dimensionen annimmt, die der kapitalistischen Produktionsweise entsprechen. Während bis dahin die Masse der arbeitenden Bevölkerung bloß Kirchturminteressen kannte und die Staatspolitik einer dünnen Oberschicht überließ, gewinnen jetzt auch die arbeitenden Massen Interesse an der Staatspolitik, verlangen politische Rechte und Einwirkung auf die Staatsregierung durch ein Repräsentativsystem. Damit nimmt aber in Staaten, in denen ein Teil der Bevölkerung eine andere Sprache spricht als die herrschende Rasse, bei diesem Teil das demokratische Streben die Form des Strebens nach Absonderung von der herrschenden Nation an, ersteht das Streben nach Zusammenfassung von Nationsteilen, die in mehreren Staaten zersplittert sind, zu einer eigenen staatlichen Gemeinschaft. Der Prozeß der Amalgamierung verschiedener Nationen in einem Staate zu einer größeren Nation nimmt ein Ende. Vielmehr erwachen mit der Ausdehnung der kapitalistischen Produktionsweise immer wieder neue Nationen zu dem politischen Leben der modernen Demokratie, die bisher keinen Anteil daran hatten. So wird nun der Geschichtsverlauf das gerade Gegenteil dessen, was er seit den „alten Kulturreichen Asiens und Amerikas" bis zur kapitalistischen Produktionsweise gewesen.

Um Beispiele aus unserer Zeit für diesen Verlauf zu geben, sieht sich Cunow denn auch genötigt, auf die Balkanstaaten hinzuweisen, die gerade an der Schwelle der modernen Demokratie stehen und deren Nachbarn in Albanien und den bisher türkischen Gebieten zum Teil noch in der Gentilgesellschaft drin stecken.

Warum blickt er nicht auf die älteren Staaten, auf England, Frankreich, Deutschland?

Im ganzen modernen Europa ist es seit dem Wiener Frieden, also seit hundert Jahren, nicht mehr vorgekommen, daß sich ein Staat ausgedehnteres fremdes europäisches Gebiet ohne Rücksicht auf dessen Nationalität angegliedert hätte. Savoyen, das Napoleon 1859 nahm, war zwar italienischer Besitz, aber die Bevölkerung sprach französisch. Die paar Dänen, die Preußen 1864 annektierte, waren nur Beigabe zu den deutschen Elbherzogtümern, und ebenso die Franzosen in Lothringen Beigabe zu dem 1870 annektierten, überwiegend von Deutschen bewohnten Elsaß. Und doch ist die Germanisierung

dieser Dänen und Franzosen bis heute nicht gelungen. Von den viel zahlreicheren Polen gar nicht zu reden. Ein Zeichen für die Zähigkeit der Nationalität im Zeitalter der modernen Demokratie. Völker, die das Stadium der kapitalistischen Produktionsweise erreicht haben, lassen sich nicht mehr durch Annektierung und Zwang mit fremden Nationen verschmelzen.

Nein, die Bildung der Nationalstaaten geht in diesem Zeitalter ganz anders vor sich als ehedem. Und der Zwang, auf den Cunow hinweist, hilft da gar nichts, er verschärft nur die nationalen Gegensätze innerhalb des Nationalitätenstaates. Das wissen wir Oesterreicher am besten. Cunow muß schon uns „Austromarxisten" einräumen, daß wir in diesem Punkte mehr Erfahrungen über den „Geschichtsverlauf" haben als er.

Das ist freilich nicht seine Meinung, und so erklärt er mit erfrischender Deutlichkeit, „daß die Forderung einer nationalen Autonomie ohne staatliche Selbständigkeit ein Nonsens ist", zu deutsch ein Unsinn.

Er fährt fort:

„Kautsky wie Eckstein werfen mir vor, daß ich zwischen der nationalen und der staatlichen Selbständigkeit nicht unterscheide. Sie haben recht — aber nicht deshalb, weil ich diese Unterscheidung nicht kenne oder noch nie etwas von der Forderung der nationalen Autonomie im österreichischen Parteiprogramm gehört habe, sondern weil diese Forderung für mich nur ein Verlegenheitsprodukt der österreichischen Nationalitätenverhältnisse ist. Eine wirkliche, volle nationale Selbständigkeit ohne staatliche Selbständigkeit gibt es meiner Ansicht gar nicht." (Seite 177.)

Das letztere gebe ich vollständig zu. Aber was beweist das gegen mich? Ich habe nie bestritten, sondern vielmehr stets behauptet, daß im Stadium der modernen Demokratie der nationale Staat die vollkommenste Form des Staates ist.

Auch darin stimme ich Cunow zu, daß die Forderung der nationalen Autonomie ein Verlegenheitsprodukt ist, aber doch ein Produkt wirklich bestehender Verlegenheiten, und zwar nicht bloß von Verlegenheiten des österreichischen Staates. Wir finden dieselbe Forderung in Rußland und im britischen Reiche, wo gerade jetzt die nationale Autonomie Irlands sich anschickt, zur Wirklichkeit zu werden. Die Verlegenheiten, deren Ergebnis die Forderung der nationalen Autonomie darstellt, finden wir eben in jedem Staate, der mit einer Reihe verschiedener nationaler Bestandteile größeren Umfangs in seinem Schoße in das Stadium des Kapitalismus und der Bestrebungen der modernen Demokratie eingetreten ist. Diese Verlegenheiten entspringen gerade daraus, daß in diesem Stadium der alte Weg der zwangsweisen Verschmelzung verschiedener Nationen zu einer einzigen nicht mehr gangbar ist. Will man die alten Großstaaten nicht zertrümmern und in nationale Kleinstaaten verwandeln, von denen gar mancher nicht lebensfähig wäre, was bleibt dann übrig als die Gewährung der nationalen Autonomie? Weiß Cunow einen anderen Weg? Es ist ein großer Fehler seiner Broschüre, daß sie ausschließlich kritisch ist, zu keinem positiven Resultat kommt — was übrigens die von ihm kritisierten Kritiker der Fraktion ebenso machen. So auch hier in der nationalen Frage. Welches ist Cunows Programm in der Nationalitätenfrage? Was möchte er z. B. mit den Tschechen anfangen?

Und warum soll die nationale Autonomie ausgemachter Blödsinn sein?

Unser Programm fordert: „Selbstbestimmung und Selbstverwaltung des Volkes in Reich, Staat, Provinz und Gemeinde." Unser Programm

hält also die Autonomie der Einzelstaaten, Provinzen und Gemeinden für möglich, ja notwendig. Warum soll dann in einem Staat, der verschiedene Nationen umfaßt, die Autonomie der Nationen unmöglich sein?

Gewiß ergibt sich eine Schwierigkeit dort, wo die verschiedenen Nationen nicht geschlossene Territorien bewohnen, sondern durcheinander gewürfelt sind. Aber die Hauptmasse jeder Nation bewohnt in der Regel noch ein bestimmtes Gebiet, nur Minderheiten wohnen in der „Diaspora", unter fremden Völkern. Die Rechte dieser Minderheiten bilden wohl ein kitzliches Kapitel, um so mehr, je mehr die inneren Wanderungen manchen Industriebezirken immer wieder neue Nationssplitter aus agrarischen Gegenden zuführen. Jedoch auch für die Lösung dieses Problems sind schon beachtenswerte Vorschläge gemacht worden. Wir brauchen sie hier nicht zu erörtern, da Cunow auf diese Frage selbst kein Gewicht legt, sie nicht erwähnt. Er bringt als Einwand gegen die nationale Autonomie bloß die Behauptung vor, daß die verschiedenen Nationen verschiedene Interessen hätten:

„So lange mehrere Nationen von verschiedener Größe, Kulturhöhe, Wirtschaft in einem Staate vereinigt sind, ist es ganz unvermeidlich, daß bei der Regelung gemeinsamer staatlicher Angelegenheiten die größere, stärkere, höher entwickelte Nation auch ein größeres Gewicht in die Wagschale wirft und ihre Interessen obenan stellt."

Das gilt jedoch für die verschiedenen Provinzen, ja Gemeinden eines Staates ebenso wie für seine Nationen. Ostpreußen hat auch ganz andere Interessen als das Rheinland.

Die wirtschaftlichen Gegensätze zwischen Nationen oder Provinzen werden durch ihre Autonomie ebensowenig beseitigt wie die Gegensätze der Klassen durch die Demokratie. Wo eine Nation ihre Interessen durch die staatliche Selbständigkeit besser gewahrt glaubt als durch die Autonomie, wird sie die erstere anstreben. Die nationale Autonomie ist ein „Verlegenheitsprodukt", das aber unentbehrlich ist für jene Fälle, in denen eine Nation eines Nationalitätenstaates zu verlieren glaubt, wenn sie aus dem Staatsrahmen herausgenommen wird, in dem sie bisher lebte. Das gilt von den belgischen Flämen, die ganz gut wissen, daß sie einen eigenen Staat nicht bilden können. Es gilt von den Tschechen, von den Irländern, gilt von einer Reihe Völkerschaften Rußlands. In solchen Fällen ist die nationale Selbständigkeit nicht anders erreichbar als durch die nationale Autonomie.

Ausgeschlossen muß jedenfalls bleiben „eine Verschmelzung kleinerer Nationen zu einer größeren" durch *staatlichen Zwang*, das heißt ausgeschlossen von dem Programm der Sozialdemokratie. Und nie mußten wir mehr Gewicht darauf legen als eben jetzt. Solange die Bourgeoisie selbst noch die Demokratie und damit auch die Selbständigkeit der Nationen auf ihrem Programm hatte, diese Selbständigkeit sich für jeden modernen Menschen von selbst verstand, konnten wir oft gezwungen sein, an den nationalen Bestrebungen insofern Kritik zu üben, als wir die Illusionen aufzeigten, die von bürgerlicher Seite mit ihnen ebenso wie mit den demokratischen Bestrebungen verknüpft wurden und als wir auf die Klassengegensätze innerhalb der Nation hinwiesen.

Nun sind große Teile der Bourgeoisie ihren demokratischen Zielen untreu geworden, und sie hören damit auch auf, die Selbständigkeit der Nationen zu achten, wie so manches Kriegsziel beweist, das heute aufgestellt

wird. Aber gerade deswegen, weil der „Geschichtsverlauf" damit eine neue Wendung zu nehmen droht, haben wir alle Ursache, ihm entgegenzuwirken, statt uns von ihm unser Programm vorschreiben zu lassen. Wie die Sozialdemokratie immer mehr die einzige wahrhaft demokratische Partei wird, so wird sie immer mehr die einzige, die die Selbständigkeit der Nationen allseitig und rückhaltlos achtet und fordert, nicht um den Klassenkampf durch den nationalen Kampf zu ersetzen, sondern vielmehr, um dieses Hindernis des Klassenkampfes so weit aus dem Wege zu räumen, als das in einer auf Gegensätzen beruhenden Gesellschaft möglich ist.

Sämtliche Friedensprogramme, die innerhalb der Internationale bisher formuliert wurden, das von Kopenhagen, von London, von Wien, sie alle fordern die Anerkennung der Selbständigkeit der Nationen und mit Recht. Diese Forderung hat unsern Kompaß zu bilden im jetzigen Weltkrieg.

(Schluß folgt.)

Der Plan eines deutsch-österreichisch-ungarischen Zollverbandes.

Von **E. Varga**, Budapest.

Die Idee eines deutsch-österreichisch-ungarischen Zollverbandes wurde in Ungarn im allgemeinen entschieden ablehnend aufgenommen. Sowohl die ungarischen Agrarier als die Industriellen wollen von einem gemeinsamen Zollgebiet nichts wissen. Die Arbeiterschaft hat zu der Frage bisher keine Stellung genommen; wir wollen versuchen, die Frage auch vom Standpunkt der ungarischen Arbeiterschaft zu beleuchten. Vor allem wollen wir den ablehnenden Standpunkt der bürgerlichen Klassen erläutern.

Die ungarischen Agrarier waren vor kurzer Zeit noch eifrige Anhänger einer Zollgemeinsamkeit. Die Aenderung in ihrer Auffassung ist so neu, daß man in Deutschland noch gar keine Kenntnis davon genommen hat. So schreibt Diehl in seiner vor einigen Wochen erschienenen lehrreichen Schrift[1]: „Unter den eifrigsten Wortführern eines Zollvereins zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn finden wir in erster Linie die ungarischen Landwirte."

Heute sind die agrarischen Kreise in Ungarn wie auch in Oesterreich dem Plane einer Zollunion entschieden abgeneigt. In der gemeinsamen vertraulichen Konferenz, welche Ende vorigen Jahres in Prag zwischen den Führern der deutschen, österreichischen, böhmischen und ungarischen Agrarier stattfand — die deutschen waren durch den Abgeordneten Roesicke und Ulrich Gerber vertreten —, wurde die Idee einer Zollgemeinschaft entschieden zurückgewiesen. In scharfer Weise geschah dies auch in dem Organ der Unabhängigkeitspartei „Magyarorszag", welches den Agrariern ziemlich nahesteht, schon am 15. September. Es hieß da:

„Wir wissen nicht, ob der Gedanke der Zollgemeinschaft bloß aus dem Emporlodern der kriegerischen Stimmung spontan entsprungen ist oder der Vorläufer einer Agitation in dieser Richtung sein will. Wir verwahren uns aber schon im vorhinein gegen diesen schiefen Gedanken. Wir verwahren

[1] Karl Diehl, Zur Frage eines Zollbündnisses zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn. Jena, Gustav Fischer. 50 Seiten, 1,50 Mark. (Vgl. aber Hofrichter, Der ungarische Protektionismus. „Neue Zeit", XXXIII, 1, Seite 334 ff.)